

Der Bundeshaushalt 1958

Der vorläufige Gebarungserfolg erlaubt einen zusammenfassenden Überblick über den Bundeshaushalt 1958. Ein Vergleich mit den für 1959 veranschlagten Ausgaben und Einnahmen des Bundes vermittelt außerdem wertvolle zusätzliche Aufschlüsse über die möglichen wirtschaftspolitischen Effekte des Budgets 1959.

Der *Bundesvoranschlag 1958* zielte auf eine mäßige Expansion ab. Trotz eher optimistischen Einnahmeschätzungen wurde aus konjunkturpolitischen Gründen ein Budgetdefizit von 2,7 Mrd. S in Kauf genommen, um der nachlassenden gesamtwirtschaftlichen Aktivität zu begegnen. Tatsächlich erwiesen sich die vorgesehenen Ausgaben von 39 Mrd. S konjunkturpolitisch noch als zu gering, da insbesondere die Investitionsausgaben das Vorjahresniveau (von 1957) kaum überschritten. Die Konjunkturschwäche legte es daher der Finanzpolitik nahe, im Laufe des Jahres 1958 vor allem das Investitionsbudget auszuweiten. Da jedoch die Einnahmenansätze nicht erreicht werden konnten,

war eine empfindliche Vergrößerung des Gebarungsabganges auf 5,4 Mrd. S unvermeidlich, obwohl die wirksamen Gesamtausgaben nur um 1,4 Mrd. S oder 3,5% überschritten wurden. Diese Mehrausgaben wurden überwiegend für zusätzliche Investitionen (+ 1,1 Mrd. S) verwendet.

Der fast ganz über den Kapitalmarkt finanzierte Gebarungsabgang von 5,4 Mrd. S ist weit größer als das bisher höchste Defizit von 1,2 Mrd. S (1957). Der gesamtwirtschaftliche Erfolg der Budgetexpansion würde jedoch rückblickend auch diesen ungewöhnlich hohen Abgang rechtfertigen, falls es gelingen sollte, zum ökonomisch richtigen Zeitpunkt wieder eine Umkehr der Budgetpolitik einzuleiten.

Der Bundeshaushalt 1957 bis 1959

	Ausgaben		1959 Bundesvoranschlag	Einnahmen		Überschuß +		Abgang (-) 1959 Bundesvoranschlag	
	1957 Erfolg	1958 Vorläufiger Erfolg		1957 Erfolg	1959 Bundesvoranschlag	1957 Erfolg	1958 Vorläufiger Erfolg		
Ordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	23.061	27.044	26.238	25.083	25.698	26.610	+ 2.022	- 1.346	+ 372
Monopole	573	594	616	862	898	906	+ 289	+ 304	+ 290
Betriebe	3.601	3.730	3.591	3.229	3.452	3.441	- 372	- 278	- 150
Bundesbahn	6.801	7.023	6.621	5.150	4.693	5.118	- 1.651	- 2.130	- 1.503
ERP-Gebarung	418	431	392	430	448	392	+ 12	+ 17	0
Zusammen	34.454	38.822	37.458	34.754	35.389	36.467	+ 300	- 3.433	- 991
Außerordentliche Gebarung									
Bundesinvestitionsprogramm usw.	1.545	1.987	2.969	—	—	—	- 1.545	- 1.987	- 2.969
ERP-Freigaben	280	467	—	280	467	—	0	0	—
Zusammen	1.825	2.454	2.969	280	467	—	- 1.545	- 1.987	- 2.969
Budgetmäßiger Gesamterfolg	36.279	41.276	40.427 ¹⁾	35.034	35.856	36.467 ²⁾	- 1.245	- 5.420	- 3.960
Anlehensgebarung	136 ¹⁾	170	—	1.270	5.700	—	+ 1.134 ¹⁾	+ 5.530	—
Unwirksame Gebarung	1.167	—	—	495	—	—	- 672	—	—
Veränderung der Kassenbestände	—	—	—	—	—	—	- 783 ¹⁾	—	—

¹⁾ Ohne eine geldunwirksame Ausgabe von 2.962 Mill. S zur Tilgung einer Counterpartverpflichtung ("price-gap"-Nachlaß) aus dem Jahre 1952. Der gleiche Betrag wurde seinerzeit geldunwirksam vereinnahmt (Durchlaufpost). — ²⁾ Ohne a. o. BRP- und SAG-Gebarung.

Ausgaben

Die Gesamtausgaben des Bundes waren mit 41.276 Mill. S (davon 2.454 Mill. S im außerordentlichen Haushalt) um 5 Mrd. S oder 14% höher als im Jahr vorher. Von den Mehrausgaben entfielen 1,53 Mrd. S auf Investitionen (einschließlich Investitionsförderung), 0,67 Mrd. S auf den Staatsschuldendienst, 0,58 Mrd. S auf Renten und Unter-

stützungen, 0,40 Mrd. S auf höhere Transferleistungen an Gemeinden (Finanzausgleich), 0,34 Mrd. S auf den Personalaufwand und 0,33 Mrd. S auf zusätzliche Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Budgetpositionen. Nennenswerte Einsparungen ergaben sich nicht. Die *Struktur* des Bundesbudgets hat sich auf Kosten des Anteiles des Personalauf-

Bundesausgaben

	1957 Erfolg	1958		1959 Bundes- voran- schlag
		Vorläuf- ger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-) Mill S	
I Ordentliche Gebarung der Hoheitsver- waltung				
Personalaufwand für Aktive	5 053	5 291	+ 238	5 487
Pensionen	2 222	2 219	- 3	2 227
Renten und Unterstützungen	4 124	4 702	+ 578	4 851
Zuschüsse an Sozialversicherungsträger	1 099	1 270	+ 171	1 519
Subventionen	1 353	1 399	+ 46	1 163
Staatsschuld (ohne ERP)	689	1 355	+ 666	1 672
Brutto-Investitionen der ordentlichen Gebarung	1 026	1 310	+ 284	1 017
Investitionsförderung der ordentlichen Gebarung (ohne ERP)	894	1 530	+ 636	921
Instandhaltung und Reparaturen	485	486	+ 1	304
Interne Überweisung an den Familien- beihilfen-Ausgleichsfonds (Durchlauf- post)	850	1 027	+ 177	870
Ablösezahlungen an die UdSSR	929	1 211	+ 282	910
Sonstige Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages	275	319	+ 44	591
Landesverteidigung (ohne Personalauf- wand; s. o.)	1 411	1 564	+ 153	1 621
Erwerb von Vermögenswerten	473	412	- 61	312
Laufende Transfers an Länder, Gemein- den, Fonds usw	246	642	+ 396	605
Übriger Sachaufwand und sonstige Res- sortausgaben (Restpost)	1 932	2 307	+ 375	2 168
Zusammen	23 061	27 044	+ 3 983	26 238
II Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe				
Personalaufwand für Aktive	4 195	4 304	+ 109	4 290
Pensionen	2 558	2 557	- 1	2 620
Betriebsaufwand (sachlicher)	2 849	2 977	+ 128	2 896
Instandhaltung	657	649	- 8	597
Brutto-Investitionen der ordentlichen Gebarung	716	860	+ 144	425
Zusammen	10 975	11 347	+ 372	10 828
III Ordentliche ERP-Gebarung	418	431	+ 13	392
IV Außerordentliche Gebarung				
Investitionen usw (einschl SAC-Dar- lehen)	1 545	1 987	+ 442	2 969
A o ERP-Gebarung	280	467	+ 187	
Zusammen	1 825	2 454	+ 629	2 969¹⁾
Ausgaben insgesamt (I-IV)	36 279	41 276	+ 4 997	40 427¹⁾

¹⁾ Ohne ERP- und SAC-Darlehen

wandes zugunsten des Investitions- und Sachaufwandes verschoben.

Der *Personalaufwand* stieg um 2 5% auf 14 4 Mrd S. Davon entfallen 9 6 Mrd. S auf Aktivbezüge und 4 8 Mrd. S auf Pensionen. Der Anteil des Personalaufwandes an den Gesamtausgaben der ordentlichen Gebarung sank neuerlich, und zwar von 41% (1957) auf 37%. Diese Strukturverschiebung schuf Raum für eine etwas beweglichere Budgetpolitik und vor allem für eine großzügigere Dotierung produktiver und wertvermehrender Aufgaben.

Der Aufwand für *Renten und Unterstützungen* (ohne Pensionen) stieg um 14% auf 4 70 Mrd. S, da vor allem die Ergänzungsbeiträge zu den Kinder- und Familienbeihilfen erhöht, die Kriegsofferrrenten verbessert wurden und etwas mehr Arbeitslosenunterstützungen gezahlt werden mußten.

Personalaufwand

	1957 Erfolg	1958		1959 Bundes- voran- schlag
		Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-) Mill S	
Löhne und Gehälter der Aktiven¹⁾				
Hoheitsverwaltung	5 053	5 291	+ 238	5 487
Monopole und Betriebe	4 195	4 304	+ 109	4 290
	9 248	9 595	+ 347	9 777
Pensionen				
Hoheitsverwaltung	2 222	2 219	- 3	2 227
Monopole und Betriebe	2 558	2 557	- 1	2 620
	4 780	4 776	- 4	4 847
Insgesamt				
Hoheitsverwaltung	7 275	7 510	+ 235	7 714
Monopole Betriebe	6 753	6 861	+ 108	6 910
	14 028	14 371	+ 343	14 624

¹⁾ Einschließlich Beihilfen und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, jedoch ohne die im Investitionsaufwand bzw. in Zweckkrediten verrechneten Personalkosten

Renten und öffentliche Unterstützungen

	1957 Erfolg	1958		1959 Bundes- voran- schlag
		Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-) Mill S	
Kinder- und Familienbeihilfen¹⁾				
Kriegsofferrfürsorge	2 201	2 502	+ 301	2 606
Arbeitslosenunterstützung	1 121	1 281	+ 160	1 295
Opferfürsorge	714	816	+ 102	852
Kleinrentner	47	60	+ 13	60
Sonstiges	33	32	- 1	30
	8	11	+ 3	8
	4 124	4 702	+ 578	4 851

¹⁾ Einschließlich Geburtenbeihilfen

Der *Bundeszuschuß zur Sozialversicherung* weist seit 1956 wieder einen stark steigenden Trend auf. Er erreichte 1 27 Mrd S (1957: 1 10 Mrd S) und ist für 1959 mit 1 52 Mrd. S veranschlagt. Diese Entwicklung war bereits seit Jahren vorauszu- sehen, da immer mehr Renten dem neuen (höheren) Niveau angepaßt werden müssen, während die laufenden Beitragseingänge der Sozialversicherungsinstitute nur kontinuierlich wachsen können.

Die gesamten *Transferzahlungen* des Bundes an private Haushalte, einschließlich der Pensionen und des Zuschusses zur Sozialversicherung, erreichten im Jahre 1958 10 7 Mrd. S gegen 10 Mrd. S und 8 7 Mrd. S in den zwei Jahren vorher.

Die *Preisstützungen* erforderten mit 1 40 Mrd. S nur wenig mehr (+ 3%) als im Vorjahr, da die Mehraufwendungen (Milch, Düngemittel) durch Subventionseinsparungen (Brotgetreide, Futtermittel usw.) annähernd ausgeglichen werden konnten.

Für *Investitionen und investitionsähnliche Zwecke* (Brutto-Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft) hat der Bund 7 2 Mrd S bereitgestellt, bedeutend mehr (+ 1 5 Mrd S oder + 27%) als im Vorjahr, obwohl bereits damals ein hohes Investitionsvolumen erreicht wurde. Auch der Voranschlag

Subventionen

	1957 Erfolg	1958		1959 Bundes- voran- schlag
		Vorläufi- ger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-) Mill S	
Brotgetreidepreisstützung	399	371	-28	70
Milchpreisstützung	646	718	+72	805
Sonstige Lebensmittelpreisstützung	57	39	-18	33
Futtermittelpreisausgleich	148	54	-94	15
Düngemittelpreisausgleich	142	232	+90	220
Transportkostenzuschuß für Gebirgsbauern	7	10	+ 3	10
Sonstige Stützungen	4	3	- 1	10
Abzüglich Rückersätze	-50	-28	+22	
	1353	1399	+46	1.163

wurde um 1'6 Mrd S überschritten, wobei das Schwergewicht auf der Investitionsförderung (+ 1'1 Mrd. S) lag. Am stärksten nahmen im Vergleich zu 1957 der Straßenbau (Autobahn usw. +434 Mill. S), die Investitionen der Bundesbahnen (+ 225 Mill. S) und die Wohnbauförderung (+ 294 Mill. S) zu. Die Struktur des Investitionsaufwandes hat sich bei stabilem Instandhaltungsaufwand stärker zugunsten der Brutto-Investitionen (Straßen, Bahn) und der Investitionsförderung (ERP-, SAC-Kredite, Wohnbau usw.) verlagert.

Die Ausweitung des Investitionsbudgets war 1958 die Hauptquelle für die starke Überschreitung des präliminierten Budgetdefizites. Für 1959 dagegen ist wieder ein mäßiger Rückgang des Investi-

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung des Bundes

(Ordentliche und außerordentliche sowie ERP-Gebahrung)

	1957 Erfolg	1958		1959 Bundes- voran- schlag
		Vorkläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-) Mill S	
I. Hoheitsverwaltung				
Straßen und Brücken	1 016	1 450	+ 434	1 274
Hochbauten	198	332	+ 134	359
Wasserbau und sonstige Bauten	20	46	+ 26	81
Inventar, Maschinen, Fahrzeuge	205	234	+ 29	239
Brutto-Investitionen insgesamt	1 439	2 062	+ 623	1 953
Instandhaltung	485	486	+ 1	318
II. Bundesbetriebe und Monopole				
Bundesbahn	1 141	1 366	+ 225	1 423
Post	374	436	+ 62	404
Sonstige	110	94	- 16	85
Brutto-Investitionen insgesamt	1 625	1 896	+ 271	1 912
Instandhaltung	657	649	- 8	597
III. Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft				
Wohnungsbau	338	632	+ 294	335
Land- und Forstwirtschaft	401	527	+ 126	327
Industrie	435	550	+ 115	355
Fremdenverkehr	66	71	+ 5	
Sonstige Investitionsdarlehen oder -zuschüsse	262	370	+ 108	362
	1.502	2.150	+ 648	1.379
Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung insgesamt (Summe I-III)	5.708	7.243	+1.535	6.159
davon				
Brutto-Investitionen	3.064	3.958	+ 894	3.865
Instandhaltung	1.142	1.135	- 7	915
Investitionsförderung	1.502	2.150	+ 648	1.379

tionsvolumens zu erwarten, sofern die Budgetansätze konsequent eingehalten werden.

Eine Analyse der Bundesinvestitionen wäre ohne die *öffentlichen Wohnbaufonds* (Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds), die im Bundesbudget nicht verrechnet werden, unvollständig. Beiden Fonds standen 1958 zusammen 17 Mrd S (im Vorjahr 16 Mrd S) aus steuerähnlichen Wohnbauabgaben, Anleihen, Bundeszuschüssen und Darlehensrückflüssen zur Verfügung. Die tatsächlich beanspruchten Baudarlehen waren mit 14 Mrd S (im Vorjahr 13 Mrd S) niedriger, da die Fonds auch sonstige Ausgaben (z. B. Hausratsdarlehen, Anleiheendienst usw.) bestreiten sowie Rücklagen bilden müssen, weil ein Teil der bewilligten Kredite immer erst in den Folgejahren je nach dem Baufortschritt flüssig gemacht werden kann.

Baufinanzierung der öffentlichen Wohnbaufonds

	1957 Erfolg	1958		1959 Schätz- zung
		Vorkläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-) Mill S	
Gewährte Baudarlehen				
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds (WWWF) ¹⁾	905	857	- 48	1 100
Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (BWSF)	369	483	+114	550
Gefördertes Bauvolumen	1 274	1 340	+ 66	1 650
Bedeckung				
Beiträge zum WWF	700	710	+ 10	790
Anleihen des WWF	200	200	-	-
Wohnbauförderungsbeiträge (zum BWSF)	367	379	+ 12	390
Darlehensrückflüsse	107	120	+ 13	130
Bundeszuschüsse	221	300	+ 79	286
Insgesamt	1 595	1 709	+114	1 596

¹⁾ Ohne Hausratsdarlehen, aber einschließlich Tilgungsquoten aus dem Titel der Vorfinanzierung.

Einnahmen

Die Gesamteinnahmen des Bundes waren mit 35 856 Mill. S um 0,82 Mrd S oder 2% höher als im Jahre 1957. Sie blieben damit (vor allem wegen der Einkommensteuersenkung) unter der Zuwachsrate des Sozialproduktes (+6%), wogegen die Ausgabensteigerung (+14%) bedeutend darüber liegt.

Die Mehreinnahmen stammten zur Gänze aus höheren Steuererträgen und steuerähnlichen Einnahmen. An *öffentlichen Abgaben* gingen brutto 1,26 Mrd S (+5%) und netto (nach Abzug der Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.) 0,55 Mrd S (+3%) mehr ein als im Vorjahr. Die Steuerstruktur hat sich im Gegensatz zum Vorjahr nur noch wenig verändert. Die direkten Steuern trugen 4%, die indirekten Steuern 6% mehr ein. 1959 dürften die direkten Steuern wieder

stärker steigen als die indirekten¹⁾, da sich der Effekt der Steuersenkung 1958 bereits weitgehend erschöpft hat. (Die Abgabentwicklung wurde schon in Monatsberichte, Nr 3, Jg. 1958, S. 138 ff. eingehend dargestellt.)

Bundeseinnahmen

	1957 Erfolg	1958 Vorläufiger Erfolg	Zunahme(+) Abnahme(-)	1959 Bundes- voran- schlag
Mill S				
I Laufende Einnahmen der Hoheitsverwaltung				
Steuern und Abgaben	16 625	17 172	+ 547	18 204
Steuerähnliche Einnahmen	3 798	4 081	+ 283	3 959
Laufende Beiträge anderer öffentlicher Körperschaften und Fonds	337	490	+ 153	488
Interne Überweisung an den Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds (Durchlaufpost) ²⁾	850	1 027	+ 177	870
Überweisungen aus dem Ausland	305	150	- 155	128
Zinsen (ohne ERP)	144	140	- 4	144
Darlehensrückflüsse (ohne ERP)	320	120	- 200	151
Gewinnanteile und Vermögenserträge	749	740	- 9	745
Veräußerungserlöse	697	160	- 537	321
Laufende Ressort-einnahmen und Sonstiges (Restpost) ³⁾	1.258	1.618	+ 360	1.600
Zusammen	25.083	25 698	+ 615	26 610
II Einnahmen der Monopole und Bundesbetriebe				
Monopole	862	898	+ 36	906
Post	2 482	2 650	+ 168	2 666
Bundesbahnen	5 150	4 893	- 257	5 118
Sonstiges	747	802	+ 55	775
Zusammen	9 241	9 243	+ 2	9 465
III Ordentliche ERP-Gebarung				
ERP - Darlehensrückflüsse	248	288	+ 40	266
ERP - Zinsen	101	136	+ 35	99
ERP - Freigaben für die Ordentliche Gebarung	81	24	- 57	27
Zusammen	430	448	+ 18	392
IV Außerordentliche Gebarung				
ERP - Freigaben	280	467	+ 187	
Einnahmen insgesamt				
(Summe I-IV)	35.034	35.856	+ 822	36.467 ³⁾

¹⁾ Siehe auch Tabelle 'Bundesausgaben' S 225. - ²⁾ Kostenersätze für öffentliche Leistungen durch Private sowie alle übrigen Erträge - ³⁾ Ohne BRP- und SAC-Freigaben

Die *steuerähnlichen Einnahmen* stiegen um 0 28 Mrd. S (+ 7%). Es handelt sich vornehmlich um Abgaben von der Lohnsumme, deren Erträge verhältnismäßig stetig wachsen.

Von den *sonstigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung sind außer den Kostenersätzen nur noch die Vermögenserträge von besonderer Bedeutung. Die Vermögenserträge haben sich seit 1957 auf einem Niveau von etwa 0 75 Mrd. S stabilisiert. Davon entfielen 381 Mill. S auf die Gewinnanteile

¹⁾ Der Ertrag der indirekten Steuern, u. zw insbesondere der Umsatzsteuer, wird in zunehmendem Maße durch die Exportrückvergütungen empfindlich geschmälert. So stiegen z. B. von 1953 bis 1958 die Gesamtexporte um 81%, die Fertigwarenexporte um 94%, die Exportrückvergütungen dagegen um 280%

Steuer und steuerähnliche Einnahmen

	1957 Erfolg	1958 Vorläufiger Erfolg	Zunahme(+) Abnahme(-)	1959 Bundes- voran- schlag
Mill S				
A Steuern				
1 Direkte Steuern				
Einkommensteuer	2 501	2 752	+ 251	2 700
Lohnsteuer	2 498	2 077	- 421	2 350
Körperschaftsteuer	1 489	1 721	+ 232	2 300
Vermögenssteuer	329	426	+ 97	500
Gewerbesteuer	2 119	2 374	+ 255	2 200
Beiträge zum WWF	700	710	+ 10	790
Beiträge für die Länder zur Wohnbauförderung	301	314	+ 13	370
Beiträge für den Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	180	189	+ 9	220
Wohnbau-Förderungsbeitrag	367	379	+ 12	390
Sonstige direkte Steuern	139	113	- 26	85
Zusammen	10 623	11 055	+ 432	11 905
2 Indirekte Steuern				
Umsatzsteuer (einschließlich Bundeszuschlag)	6 957	7 233	+ 276	7 650
Zölle	1 730	1 836	+ 106	1 860
Tabaksteuer	1 305	1 456	+ 151	1 418
Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag)	1 245	1 374	+ 129	1 250
Biersteuer	345	347	+ 2	360
Weinsteuer und Branntweinaufschlag	77	89	+ 12	90
Rechnungstempel	1 192	1 241	+ 49	1 275
Beförderungsteuer	334	317	- 17	320
Gründerwerbsteuer	188	215	+ 27	220
Versicherungsteuer	123	146	+ 23	180
Kraftfahrzeugsteuer	121	139	+ 18	170
Sonstige Gebühren und Verkehrssteuern	749	805	+ 56	845
Zusammen	14 366	15 198	+ 832	15 638
Öffentliche Abgaben brutto	24 989	26 253	+ 1 264	27 543
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds, usw.	8.364	-9.081	- 717	-9.339
Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto)	16 625	17 172	+ 547	18 204
B. Steuerähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	1 025	1 052	+ 27	1 130
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds	2 170	2 287	+ 117	2 210
Beiträge zum Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	251	381	+ 130	290
Sonderbeiträge gem. § 12 Wohnungsbauhilfengesetz	244	255	+ 11	267
Einnahmen der Preisausgleichsfonds	80	76	- 4	46
Sonstige	28	30	+ 2	16
Zusammen	3.798	4.081	+ 283	3.959
Steuern und steuerähnliche Einnahmen des Bundes insgesamt	20.423	21 253	+ 830	22 163

des Bundes an der Nationalbank und an den verstaatlichten Banken und Unternehmungen sowie aus sonstigen Beteiligungen. Weitere 223 Mill S flossen aus dem Münzregal (Münzgewinne) zu und 126 Mill. S gingen an Montagegebühren (Förderzins) ein. Die Veräußerungserlöse, die im Vorjahr noch 0 70 Mrd. S betragen, sanken beträchtlich (auf 0 16 Mrd. S), da weit weniger Bundesvermögen verkauft wurde („Volksaktien“) und die Veräußerung der dem Bund anheimgefallenen ehemals deutschen Vermögenswerte erst anläuft.

Die Einnahmen der *Betriebe und Monopole* waren mit 9 24 Mrd. S gleich hoch wie im Jahre 1957. Während jedoch die Post, die Monopole und

die übrigen Bundesbetriebe ihre Einnahmen noch nennenswert steigern konnten (durchschnittlich um mehr als 6%), blieben die Einnahmen der Bundesbahnen um 5% hinter dem Vorjahreserfolg zurück. Das gesamte Netto-Defizit der Betriebe und Monopole stieg dadurch um weitere 370 Mill. S auf 2 104 Mill. S und verschlechterte in diesem Ausmaß die Gesamtgebarung. Für 1959 gibt es jedoch Anzeichen, daß sich die Betriebsgebarung bessern wird.

Die *ERP-Gebarung* im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt hat sich durch höhere Freigaben, Rückflüsse und Zinsen von 0 71 Mrd. S auf 0 91 Mrd. S erhöht.

Budget als Mittel der Konjunkturpolitik

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hatte Österreich zumindest seit 1955 der Budgetpolitik den Vorrang vor der Zins- und Kreditpolitik gegeben. Diese Politik führte zwar zu einer weitgehenden Starrheit des Zinsgefüges, hatte aber den wahrscheinlich entscheidenden Vorteil, monetäre Stabilität und hohes wirtschaftliches Wachstum besser zu sichern, als dies durch Maßnahmen möglich gewesen wäre, die sich in erster Linie auf die Diskont- und Kreditpolitik stützen. Während zahlreiche westliche Länder, die das Schwergewicht ihrer Stabilisierungspolitik auf die Diskont- und Kreditpolitik legten, die Überkonjunktur vielfach nur um den Preis einer Hemmung des wirtschaftlichen Wachstums dämpfen konnten, hat Österreich bei praktisch unveränderten Zins- und Kreditbedingungen die Übernachfrage, die bereits 1955 automatisch durch die passive Zahlungsbilanz¹⁾ gebremst wurde, 1956 und 1957 mit Hilfe einer zeitweiligen Aufhebung der Investitionsbegünstigung (1956), eines eher restriktiven öffentlichen Investitionsbudgets und eines annähernd ausgeglichenen Staatshaushaltes eingedämmt, ohne damit das wirtschaftliche Wachstum zu behindern. 1958 gelang es bei rückläufiger Weltkonjunktur das Steuer herumzuwerfen und mittels einer expansiven Budgetpolitik dem Rückschlag entgegenzuwirken.

Die Expansion des Budgets wurde dadurch erleichtert, daß die hohe Sparneigung, die geringe private Kreditnachfrage und hohe Kapitalimporte eine großzügige Defizitfinanzierung ermöglichten.

Die private Inanspruchnahme von Krediten (bei gleichbleibenden Konditionen) hat 1958 so weit nachgelassen, daß sie die laufende Kapitalbildung bei den Kreditinstituten bereits um 1 6 Mrd. S unter-

schrift. In den Jahren vorher lag sie noch um 0 7 Mrd. S und 0 4 Mrd. S darüber. Die Geldinstitute wurden dadurch im Jahre 1958 überliquid und drängten zur Veranlagung. Unter der Annahme, daß auch eine angemessene Senkung der Kreditkosten die Überliquidität nicht wesentlich verringert hätte, wäre die effektive Nachfrage gesunken, was einen kumulativen Konjunkturrückgang zur Folge gehabt hätte. Die Budgetpolitik führte dazu, daß die entstandene Investitionslücke durch Abschöpfung der überschüssigen Geld- und Kapitalmarktmittel geschlossen und damit der wirtschaftliche Kreislauf weitgehend unverändert in Gang gehalten wurde. Diese konjunkturpolitisch erfolgreiche Budgetpolitik hätte freilich eine Ergänzung durch eine etwas flexiblere Diskontpolitik²⁾ nicht ausgeschlossen.

Ausblick

Der Bundesvoranschlag 1959 rechnet mit Gesamtausgaben von 40 427 Mill. S, das formell um 0 85 Mrd. S oder 2% weniger, als 1958 tatsächlich aufgewendet wurden. In Wirklichkeit aber sind sie mindestens gleich hoch, weil die außerordentliche ERP- und SAC-Gebarung nicht veranschlagt ist und verschiedene Durchlaufposten und Verrechnungsansätze nicht vergleichbar sind. Auf jeden Fall wurde das Budget 1959, im Gegensatz zu den Vorjahren, nicht nennenswert ausgeweitet. Es wird allerdings nicht leicht sein, den Voranschlag streng einzuhalten, da der Fiskus gewisse Ansprüche (14. Monatsgehalt der öffentlich Bediensteten, Landwirtschaftsgesetz, Wiedergutmachungen usw.) früher oder später wahrscheinlich doch wenigstens teilweise wird honorieren müssen.

Innerhalb des stabilisierten Gesamtbudgets ist eine leichte Verschiebung der Ausgabenstruktur zu beobachten. Personal- und Sozialaufwand werden geringfügig, die Kosten der Staatsschuld etwas stärker steigen, während das Investitionsbudget wieder etwas eingeschränkt wird. Es wird aber immer noch bedeutend größer sein als 1957. Die mit 36 467 Mill. S präliminierten Gesamteinnahmen für 1959 liegen um 2 5% höher als die tatsächlichen Einnahmen von 1958. Versucht man alle nicht vergleichbaren Posten (z. B. ERP- und SAC-Freigaben) zu berücksichtigen, dann ist das Budget 1959 de facto um 4% höher als 1958. Wahrscheinlich wurden die Einnahmen etwas zu vorsichtig geschätzt. Realistischerweise kann bei Anhalten der gegenwärtigen Konjunkturlage mit einer Expansionsrate

¹⁾ Nur die passive Zahlungsbilanz ließ die Kreditabkommen überhaupt wirksam werden.

²⁾ Siehe Monatsberichte, Nr. 2, Jg. 1959, S. 40 ff.

von mindestens 5% bis 6% gerechnet werden. Im Gegensatz zum Vorjahr werden die *Steueransätze* leicht erreicht werden. Alle übrigen Einnahmen, vor allem die Ressortennahmen und steuerähnlichen Einnahmen enthalten stille Reserven. Insgesamt kann auf Grund der Ergebnisse des I Quartals 1959 mit Mehreinnahmen in der Größenordnung von etwa 1 Mrd. S gerechnet werden.

Somit wäre es durchaus möglich, daß das veranschlagte Budgetdefizit von 40 Mrd. S durch Mehreinnahmen soweit verringert wird, daß zumindest der Ausgleich des ordentlichen Haushaltes gelingt, vorausgesetzt, daß der Ausgabenrahmen gehalten werden kann. Mit dem Budget 1959 hat die Finanzpolitik die schwierige Umkehr von einem extrem expansionistischen Konzept (1958) zum Konzept des auf lange Sicht ausgeglichenen Haushaltes eingeleitet. Die Umstellung konnte der starken Widerstände wegen nicht schlagartig erfolgen. Das Defizit ist bei stabilisierten Ausgaben und steigen-

den Einnahmen immer noch groß genug, den wirtschaftsfördernden Effekt des Budgets 1958 nicht vorzeitig zum Erliegen zu bringen. Es setzt aber andererseits bereits selbsttätige Auftriebskräfte in der Wirtschaft voraus, die die Bundeseinnahmen steigen lassen und so zum Abbau des Budgetabganges beitragen.

Wie immer man die künftige Budgetentwicklung im einzelnen beurteilen mag, sicherlich werden die Einnahmen stärker steigen als die Ausgaben. Der Gesamtgebarungsabgang des Bundes wird daher aller Wahrscheinlichkeit nach bedeutend kleiner sein als jener von 1958. Die dadurch verringerte expansive Wirkung des Budgets entspricht der veränderten weltwirtschaftlichen Konstellation. Ein endgültiges Urteil über den Erfolg der budgetpolitischen Konzeption wird allerdings erst möglich sein, wenn das Prinzip des zyklischen Budgetausgleiches auch im Aufschwung konsequent durchgesetzt werden kann.